



Trotz sinkender Asylzahlen – Kommunen weiter im Krisenmodus

Eine aktuelle Umfrage des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) hat ermittelt, dass trotz sinkender Asylanträge im Jahr 2024 viele Kommunen nach wie vor im Krisenmodus sind. Insbesondere ist die Unterbringung weiterer Geflüchtete auf dem regulären Wohnungsmarkt nahezu unmöglich bzw. herausfordernd und stellt die größte Hürde für die Kommunen dar. Ebenso ist die Versorgung mit Integrations- und Sprachkursen nach wie vor problematisch. Hinzukommt die allgemein schwierige Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden, die den Druck erhöht. Das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat in seiner Sitzung vom 25.11.2024 Bund und Länder aufgefordert, die Kommunen bei der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen dauerhaft zu unterstützen. Dies bedeutet insbesondere die Übernahme aller flüchtlingsbezogenen Kosten sowie das klare Bekenntnis, nur Flüchtlinge mit festgestellter Bleibeberechtigung auf die Kommunen zu verteilen.

Die Befragung von DESI und dem Mediendienst Integration zum Stand der Flüchtlingsaufnahme wurde zwischen August und September 2024 durchgeführt.

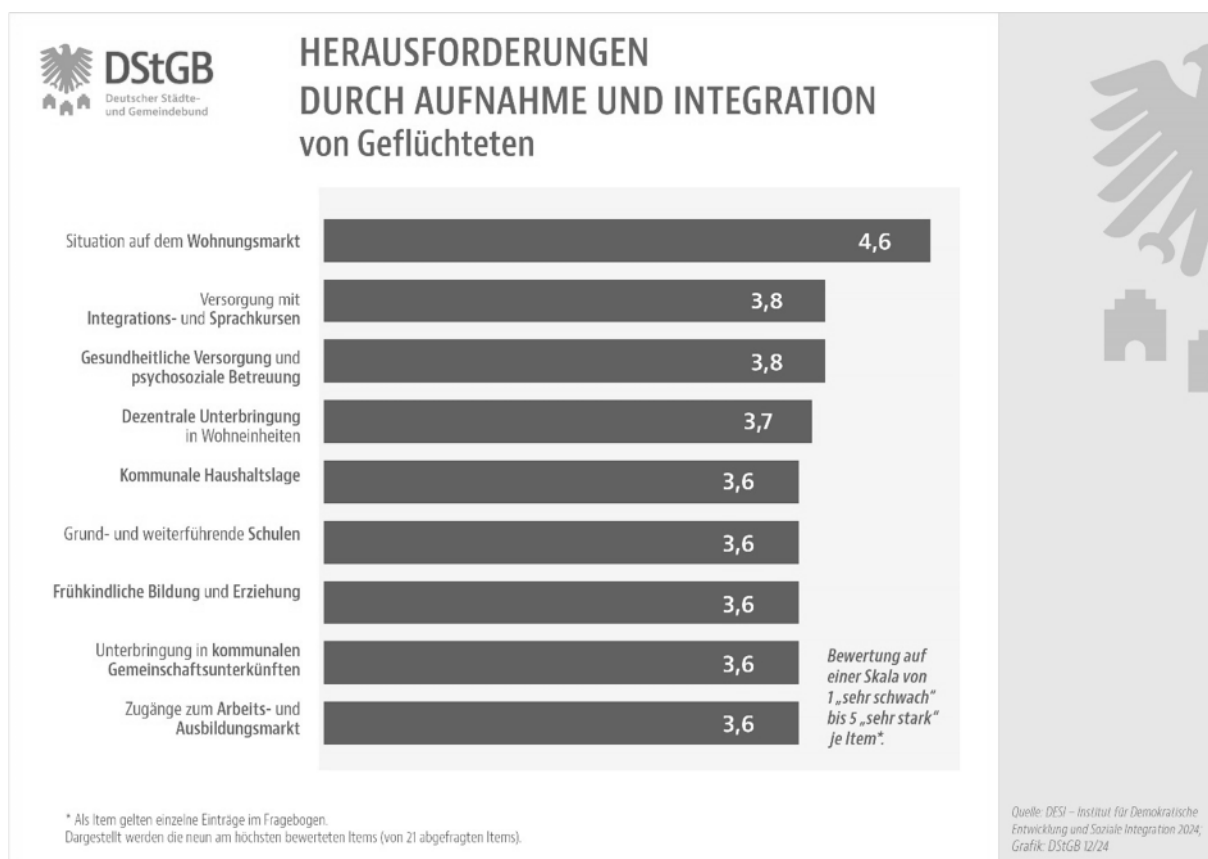
Krisenmodus hält weiter an

Fünf Prozent der befragten Kommunen haben mitgeteilt, sie seien „im Notfallmodus“ – also überlastet – wenn es um die Unterbringung von Geflüchteten geht. Etwa ein Drittel würde von einem „Krisenmodus“ sprechen. Rund 47 Prozent würden die Situation als „herausfordernd sehen, aber machbar“. Lediglich 13,6 Prozent der befragten Kommunen würden die Lage bei der Unterbringung als entspannt bzw. teilweise belastend einschätzen.

Ähnlich wie bei den vorherigen Befragungen zeige die Online-Umfrage, dass die meisten Kommunen Geflüchtete in (privaten) Wohnungen unterbringen würden. Laut dem DESI nutzen rund 42 Prozent der Kommunen zum Zeitpunkt der Befragung noch Notunterkünfte – vor allem Wohncontainer. Solche Container seien nicht immer Notunterkünfte, sondern würden auch als langfristige Unterkünfte genutzt werden können.

Wohnungsmarkt bleibt angespannt

Besonders die Situation auf dem Wohnungsmarkt würde die kommunalen Verwaltungen vor enorme Herausforderungen stellen. Auf einer Skala von 1 bis 5 würden die befragten Kommunen den Wohnraummangel im Durchschnitt mit 4,6 Punkten als größte Problematik bewerten. Mit Abstand würde die Versorgung mit Integrations- und Sprachkursen sowie die gesundheitliche Versorgung und psychosoziale Betreuung der Geflüchteten folgen.



Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wichtig

Zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen würden die Kommunen auf eine Vielzahl von Ressourcen zurückgreifen. Für die Kommunen seien von besonderer Bedeutung: ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung, kommunales Integrationsmanagement sowie lokale Netzwerkstrukturen und Kooperationskultur.

Die Kooperation der Kommunalverwaltung mit freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten würden rund zwei Drittel der Befragten als „sehr“ oder „eher gut“ (22,9 Prozent bzw. 45,2 Prozent) bewerten.

Als zentrales Element und wichtige Bedingung für das Gelingen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten würden die Kommunen wiederholt das ehrenamtliche Engagement identifizieren. Dieses sei zwar nicht uneingeschränkt belastbar, lege aber dennoch einen wichtigen Grundstein für die Arbeit für und mit Geflüchteten vor Ort. Das Ehrenamt müsse deshalb gewürdigt und geschützt werden, so die Autoren der Umfrage.

Hintergrund zur Umfrage

Die in dieser Kurzepertise präsentierten Ergebnisse sind durch eine Onlinebefragung im Rahmen des Praxisforschungsprojekts „Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Engagement, Vernetzung und Resilienz in Kommunen“ entstanden. Das Projekt wird vom DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt und durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert. An der Umfrage haben sich insgesamt 567 Kommunen beteiligt.

Die vollständige Umfrage sowie weitere Grafiken sind zu finden unter:

mediendienst-integration.de

Anmerkung:

Die Ergebnisse der nicht repräsentativen Umfrage bestätigen die Rückmeldungen der Mitgliedsverbände des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Besonders die Unterkünfte werden aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen der Wohnungs- und Bauwirtschaft kaum besser. Daher ist es wichtig, den von den Ländern auf der Ministerpräsidentenkonferenz vorgelegten Forderungskatalog zur Begrenzung und Steuerung der Migration gemeinsam durch Bund und Länder unverzüglich umzusetzen. Dies bedeutet auch, den Familiennachzug auszusetzen und nur noch dann zu ermöglichen, wenn Asylberechtigte geeigneten Wohnraum nachweisen können. Es ist zudem wichtig, dass der im Rahmen der Asylbeschlüsse zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten vereinbarte Solidaritätspakt mit Leben gefüllt wird und eine bessere Umverteilung in der Europäischen Union erfolgt. Dies bedeutet auch mehr Anstrengungen im Bereich der Zurückweisungen und Abschiebungen durch den Bund. Vor allem müssen mehr Verbindlichkeiten bei der Rückführung zwischen den Mitgliedsstaaten geschaffen und die Verfahren effektiv umgesetzt werden.

Für Menschen mit Bleibeperspektive ist eine Integrationsoffensive erforderlich. Die Städte und Gemeinden benötigen mindestens 2 Mrd. Euro für fachliche und niedrigschwellige Integrationsmaßnahmen. Zudem sollten Geflüchtete schneller in Arbeit vermittelt werden. Dies wird nur gelingen, wenn die zuständigen Behörden und die Wirtschaftsförderer an einem gemeinsamen Strang ziehen und sich vor Ort besser miteinander vernetzen. Denn auch die Kommunen haben ein hohes Interesse, neue Arbeitskräfte für die regionale Wirtschaft einbinden zu können.

(Quelle: DStGB-Aktuell 4924-01)

sch-ru